

No. 1 / 2014

Thomas Scharping

**Bevölkerungspolitik und demografische Entwicklung in China:
Alte Probleme, neue Perspektiven**

Thomas Scharping

**Population Policy and Demographic Development in China:
Old Problems, New Perspectives**

Zusammenfassung: Nach einem kurzen Rückblick auf die chinesische Bevölkerungsentwicklung im Jahrhundert vor Gründung der VRCh bietet die vorliegende Studie eine Zusammenfassung der chinesischen Bevölkerungspolitik seit 1949. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Stadien, den Durchführungsproblemen und Konsequenzen der Ein-Kind-Politik seit 1979/80. Ein anschließendes Kapitel kommentiert die demographische Bilanz Chinas zwischen der ersten Volkszählung von 1953 und der letzten von 2010 auf den Feldern Sterblichkeit und Fruchtbarkeit, Bevölkerungsdichte, Migration und Urbanisierung, Geschlechterverhältnis und Altersstruktur. Ein letztes Kapitel skizziert die künftigen Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung, die einen zunehmenden Druck zum Wandel der bestehenden Bevölkerungspolitik erzeugen. Er hat heftige Proteste gegen die strenge Geburtenkontrolle und erste Änderungen an der jetzigen Politik ausgelöst.

Schlagworte: Bevölkerungspolitik, demographischer Übergang, Sterblichkeit, Fruchtbarkeit, Geschlechterverhältnis, Migration, Urbanisierung, Altersstruktur, Ein-Kind-Politik, politischer Wandel

Autor: Thomas Scharping (t.scharping@uni-koeln.de) ist emeritierter Professor für Moderne China-Studien an der Universität Köln und Gastprofessor an der Freien Universität Berlin.

Abstract: After a brief review of Chinese population development in the century before the founding of the PRC, this study provides a summary of Chinese population policy since 1949. The emphasis is on the stages, implementation problems, and consequences of the one-child policy since 1979/80. A following chapter comments China's demographic balance between the first census of 1953 and the last one of 2010, with focus on mortality and fertility, population density, migration, and urbanization, sex ratio and age structure. A last chapter sketches future population trends that generate growing pressures for change of the established population policy. These have triggered strong protests against strict birth control and first modifications of present policies.

Key words: Population policy, demographic transition, mortality, fertility, sex ratio, migration, urbanization, age structure, one-child policy, political change

Author: Thomas Scharping (t.scharping@uni-koeln.de) is Professor Emeritus for Modern China-Studies at the University of Cologne and guest professor at Free University Berlin, Germany.

Kölner China-Studien Online

Arbeitspapiere zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas

Cologne China Studies Online

Working Papers on Chinese Politics, Economy and Society

Die Kölner China-Studien Online - Arbeitspapiere zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas - sind eine Veröffentlichungsreihe der Modernen China-Studien, Lehrstuhl für Neuere Geschichte / Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, an der Universität zu Köln, Deutschland. Sie enthalten aktuelle Arbeitspapiere und frühere Analysen von andauernder Relevanz in deutscher oder englischer Sprache. Alle Studien sind nach dem Jahr ihrer Fertigstellung nummeriert und im Internet unter der Adresse www.china.uni-koeln.de/papers abrufbar. Soweit nicht anders angegeben, liegt das Copyright beim Autor.

Cologne China Studies Online – Working Papers on Chinese Politics, Economy and Society - is a publication series of Modern China Studies, Chair for Politics, Economy and Society of Modern China, at the University of Cologne, Germany. The series presents recent working papers and past analyses of continuing relevance in German or English language. All studies are numbered by year of completion and can be downloaded from the Internet address www.china.uni-koeln.de/papers. If not stated otherwise, the copyright stays with the authors.

Moderne China-Studien, Universität zu Köln
Prof. Dr. Felix Wemheuer
Albertus-Magnus-Platz
50923 Köln, Germany
Tel.: +49- 221- 470 5401/02
Fax: +49- 221- 470 5406
www.china.uni-koeln.de

Thomas Scharping

**Bevölkerungspolitik und demografische Entwicklung in China:
Alte Probleme, neue Perspektiven**

Inhalt

1 Die Last der Vergangenheit.....	1
2 Irrungen und Wirrungen der Bevölkerungspolitik nach 1949.....	2
3 Die Ein-Kind-Kampagne und ihre Konsequenzen.....	4
4 Chinas Bevölkerung zu Beginn des 21.Jahrhunderts: Eine demografische Bilanz	7
Sterblichkeit.....	9
Geburtdynamik.....	10
Geschlechterverhältnis.....	11
Regionale Bevölkerungsdichte und Migration.....	12
Urbanisierung.....	14
Altersstruktur.....	15
5 Künftige Perspektiven.....	16
Drohende Überalterung.....	18
Literatur.....	20

1. Die Last der Vergangenheit

Bei ihrer Gründung im Jahr 1949 trat die Volksrepublik China ein schweres bevölkerungspolitisches Erbe an: Jahrhundertlang hatte sich die chinesische Bevölkerungszahl auf einem Sockel von 60 bis 80 Millionen Menschen bewegt. Ende des 17. Jahrhunderts begann jedoch ein rasantes Bevölkerungswachstum, das binnen zweihundert Jahren zu einer Verdreifachung der chinesischen Gesamtbevölkerung führte. Anders als in Europa, das im gleichen Zeitraum einen ähnlich starken Bevölkerungsanstieg erfuhr, setzte im chinesischen Fall die diesen Prozess begleitende Industrialisierung, Verstädterung und gesellschaftliche Transformation erst mit weit über hundertjähriger Verspätung in größerem Umfang ein: Chinas hohe Bevölkerungszahl wurde zu einem Krisensymptom.

Der stark zunehmenden Bevölkerungsdichte in den Schlüsselregionen des Landes standen auf der anderen Seite spektakuläre Bevölkerungsverluste gegenüber: 20 bis 40 Millionen Menschenleben soll der größte chinesische Bauernaufstand aller Zeiten, die Taiping-Revolution, zu Mitte des 19. Jahrhunderts gekostet haben. Millionen von Opfern haben auch die verschiedenen chinesischen Kriege und Bürgerkriege sowie die verheerenden Dürre- und Überschwemmungskatastrophen Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gefordert. Und schließlich haben über solche einmaligen Ereignisse hinaus eine hohe Seuchenanfälligkeit und eine permanente Unterernährung großer Bevölkerungskreise die Sterblichkeit weiter in die Höhe getrieben. Wie neuere Forschungen aus lokal begrenzten Mikrodaten vermuten lassen, könnten die Geburtenzahlen in China niedriger als in Europa gelegen zu haben. Repräsentative Daten für Sterblichkeit und Fruchtbarkeit fehlen jedoch. Darüber hinaus führte auch der Zusammenbruch des traditionellen Meldewesens zwischen 1850 und 1950 dazu, dass die genaue Bevölkerungszahl ein Rätsel blieb.

Unter dem Eindruck solcher Entwicklungen trugen Chinas Politiker und Wissenschaftler bereits vor Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949 einen heftigen Streit aus. Auf der einen Seite stand eine Reihe einflussreicher, westlich geschulter Sozialwissenschaftler, die eine Überbevölkerung Chinas annahmen und deswegen eine Geburtenkontrolle forderten. Ihnen standen mit Sun Yatsen und Chiang Kaishek die Führer der chinesischen Republik gegenüber, die von bedrohlichen Bevölkerungsverlusten des Landes ausgingen. Zur Wahrung seiner Unabhängigkeit und territorialen Integrität forderten sie ein hohes Bevölkerungswachstum. Mit dieser Einstellung knüpften sie an die traditionell pro-natalistische Haltung der chinesischen Kaiser an, die große Bevölkerungszahlen geschätzt hatten, weil sie das Steueraufkommen erhöht und die Wehrkraft gegen kriegerische Grenzvölker stärkten.

Diese schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts einsetzende Kontroverse beeinflusste auch die führenden Männer der KP Chinas, allen voran Mao Zedong, zutiefst. In Übereinstimmung mit der Guomindang erblickten sie noch jahrelang in hohen Bevölkerungszahlen ein Symbol nationaler Größe sowie ein wirksames Abwehrmittel gegen Kolonialinteressen und Angriffspläne der Großmächte. Karl Marx lieferte seinen chinesischen Adepten weitere Argumente, um eine Geburtenkontrolle vehement abzulehnen. 1846 hatte er in seiner berühmt gewordenen Kritik an Thomas Malthus, einem Mitbegründer der modernen Bevölkerungswissenschaft, dessen Warnung vor einer Überbevölkerung abgelehnt. Marx zufolge bestimmten nicht Grenzen der Nahrungsmittelversorgung, sondern historisch bestimmte und revolutionär veränderbare Produktionsweisen die Grenzen des Bevölkerungswachstums (Marx 1967, Marx 1983, Meek 1956).

Mao Zedong stand somit in einer mehrfachen Traditionslinie, als er 1949 in einem richtungweisenden Kommentar Chinas große Bevölkerung zu einer ausgezeichneten Sache erklärte und formulierte, dass »Produktion

plus Revolution« alle Bevölkerungsprobleme lösen könnten (Mao Zedong). Diese von der chinesischen Propaganda später immer wieder zitierten Sätze waren als Replik auf ein Weißbuch der amerikanischen Regierung niedergeschrieben worden (U.S. Department of State 1949), in dem der Ausbruch der chinesischen Revolution auch auf den Bevölkerungsanstieg sowie die mit ihm verbundenen Wirtschafts- und Versorgungsprobleme des Landes zurückgeführt worden war.

2. Irrungen und Wirrungen der Bevölkerungspolitik nach 1949

Die Weigerung Maos, hohe Bevölkerungszahlen als Mitursache der chinesischen Entwicklungsprobleme anzuerkennen, sorgte dafür, dass nach der Gründung der Volksrepublik zunächst jegliche Geburtenkontrolle unterblieb. Außerdem besaß auch die kommunistische Regierung zunächst keine wirklich verlässlichen Bevölkerungsstatistiken. Chinas erster moderner Zensus wurde Mitte 1953 abgehalten. Als seine Ergebnisse ein Jahr später bekannt wurden, zeigte sich allerdings, dass alle Warner recht behalten hatten: Mit über 580 Millionen Menschen lag die Bevölkerungszahl Chinas um rund 70 Millionen über dem Wert, der früher vermutet worden war. Das hohe Zensusergebnis führte zu ersten Ansätzen eines Umdenkens. So wurde 1954 erstmals wieder ein chinesischer Politiker mit der Forderung nach Geburtenkontrolle zu Protokoll genommen – eine Kursänderung, die sich zunächst in das ideologisch unverdächtige Gewand des Mutterschutzes kleidete. 1955 nahm China die Spätehen-Propaganda und die Produktion von Kontrazeptiva auf, ein Jahr später wurden bis dahin verbotene Abtreibungen und Sterilisierungen in gesundheitlich oder arbeitsmäßig begründeten Ausnahmefällen gestattet.

Auch die zunehmende Landflucht trug zu der Kehrtwende bei, bürdete diese doch den Städten erhebliche infrastrukturelle Lasten auf. Vor allem aber rückte sie neben der alten Furcht vor mangelnder Nahrungsmittelversorgung immer mehr das Problem der Arbeitsplatzbeschaffung in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Eine deutliche Diskrepanz zwischen den steigenden Geburtenzahlen einerseits und einem ungenügenden Zuwachs an neuen Arbeitsplätzen andererseits trat hervor. China reagierte ab 1955 auf die sich abzeichnende Krise mit der Einführung einer städtischen Getreiderationierung, mit dem schrittweisen Ersatz des freien Arbeitsmarktes durch eine staatliche Arbeitsplatzzuteilung und mit der Verschärfung melderechtlicher Bestimmungen, die spätestens ab 1962 ein weitgehendes Verbot von Umzügen vom Land in die Stadt nach sich zogen. Während diese spontane Migration drastisch eingeschränkt wurde, nahmen staatlich organisierte Umsiedlungen und Versetzungen von den Städten in die ländlichen Räume zu.

Für die wachsenden Beschäftigungsprobleme war neben der demografischen Entwicklung vor allem die Übernahme der sowjetischen Industrialisierungsstrategie verantwortlich. Sie förderte kapitalintensive Großbetriebe der Schwerindustrie und vernichtete kleine, arbeitsintensive Handwerksbetriebe. Die Enteignung aller Privatbetriebe und die Diskriminierung von Handel und Dienstleistungssektor in großangelegten Kampagnen ab 1953 spielten ebenfalls eine nicht unwesentliche Rolle. Auf dem Land schließlich machte sich das ungünstige Verhältnis von Ackerland zur Bevölkerungszahl stärker als früher bemerkbar, weil die Neulanderschließung an der chinesischen Peripherie als traditionelles Ventil für die »überschüssige« Bevölkerung schon Ende der 1950er-Jahre immer weniger Entlastung brachte.

Ihren Höhepunkt erreichte die neue Bevölkerungspolitik während der »Hundert-Blumen-Bewegung« von 1957. Nachdem Mao Zedong intern erstmals die Geburtenkontrolle unterstützt hatte, wiederholten viele chinesische Sozialwissenschaftler ihre alten Forderungen nach einer Beschränkung des Bevölkerungswachstums. Sie plädierten

dafür, die bis dahin nur in den Städten zögerlich propagierte Geburtenkontrolle auf das ganze Land auszudehnen (Tien 1973, S. 175–231; Scharping 2003, S. 38, 44–48).

Diese Vorschläge wurden jedoch nicht in die Tat umgesetzt. Als 1958 der »Große Sprung« begann, passte die aktive Weiterverfolgung der Geburtenkontrolle auch nicht mehr in die politische Landschaft. Im Vertrauen auf die Propagandaparolen der Partei strömten rund 30 Millionen Landbewohner in die Städte, um sich dort an neuen Aufbaumaßnahmen zu beteiligen. Weitere Heerscharen von Bauern wurden als billige Arbeitskräfte bei arbeitsintensiven ländlichen Infrastrukturprojekten eingesetzt. Unter solchen Vorzeichen galt das Land vielen seiner hohen Funktionäre als nicht über-, sondern unterbevölkert. Das endgültige Aus für eine anti-natalistische Bevölkerungspolitik kam, als 1960 der damalige Rektor der Beijing-Universität Ma Yinchu unter dem Vorwurf des Malthusianismus entlassen wurde, weil er das Nachlassen der Geburtenkontrolle beklagt hatte.

Erst nach dem Ende des »Großen Sprungs« wurden 1962 auf Betreiben von Ministerpräsident Zhou Enlai zögernde Neuansätze einer aktiven Bevölkerungspolitik eingeleitet. Dies geschah nach einer beispiellosen Wirtschaftskrise mit Massenentlassungen in den städtischen Betrieben, zwangsweisen Rücksiedlungen landflüchtiger Bauern und einer Hungerkatastrophe größten Ausmaßes. 1963 wurde deswegen erstmals die Absenkung des natürlichen Bevölkerungszuwachses auf ein Niveau von jährlich ein Prozent zum Ziel erhoben – ein Programm, mit dessen Umsetzung in den Städten die ein Jahr später gegründete Staatliche Geburtenplanungskommission beauftragt wurde (Scharping 2003, S. 48).

Die im Jahr 1966 einsetzende Kulturrevolution strich die Geburtenkontrolle zwar nicht aus dem politischen Programm, sie führte jedoch zu einem faktischen Stillstand fast aller diesbezüglichen Aktivitäten – wie auch vieler anderer staatlicher Funktionen. Erst nach der gewaltsamen Beendigung der chaotischen Zustände im Land wurde die Geburtenkontrolle ab 1970 wieder auf die Tagesordnung der höchsten Führungsgremien gesetzt. Dabei schlossen sich Mao Zedong und die Parteiführung der Forderung von Ministerpräsident Zhou Enlai an, sie künftig nicht mehr als gesundheitspolitisches Problem zu erörtern, sondern im Zusammenhang von Ernährungsfragen und Wirtschaftsplänen zu behandeln. 1973 wurde erstmals eine Kennziffer für den Bevölkerungszuwachs in die Wirtschaftspläne aufgenommen. Im gleichen Jahr verkündete eine Geburtenplanungskonferenz in Beijing die wesentlichen Elemente der Geburtenkontrolle bis zum Ende der 1970er-Jahre:

1. eine immer härter durchgesetzte Spätehen-»Empfehlung«, nach der Frauen erst im Alter von 23 bis 25 Jahren und Männer im Alter von 25 bis 28 Jahren heiraten sollten,
2. eine maximale Zahl von zwei Kindern pro Ehepaar mit einem Abstand von vier Jahren zwischen den Geburten.

Diese Richtlinien wurden schrittweise auch auf dem Land durchgesetzt; lediglich die nationalen Minderheiten waren von ihnen ausgenommen.

Auch die Migrationspolitik verschärfte sich: Rund 17 Millionen städtische Jugendliche, in der Mehrzahl Schulabgänger oder Arbeitslose, wurden zwischen 1968 und 1978 mit mehr oder weniger großem Zwang auf dem Land angesiedelt. Weitere Millionen von erwachsenen Arbeitslosen, Intellektuellen und Funktionären, die im Zuge der unaufhörlichen Kampagnen politisch verfolgt oder entlassen wurden, gesellten sich ihnen hinzu. Die chinesische Propaganda feierte die äußerst unpopulären Landverschickungen als ideologische Umerziehungsmaßnahme zur Aufhebung der Stadt-Land-Gegensätze. Sie dienten jedoch auch dem Zweck, die Urbanisationsrate auf einem niedrigen Niveau zu stabilisieren sowie die politisch brisanten Konflikte und Beschäftigungsprobleme der

chinesischen Städte aufs Land zu verlagern. Erst 1980 wurden die zwangsweisen Umsiedlungsaktionen endgültig eingestellt.

Obwohl die freie Wahl von Wohnort und Arbeitsplatz für die Bauern nach wie vor eingeschränkt bleibt, ist das Streben nach einer Bewahrung des bestehenden Land-Stadt-Proporz seit Ende des 20. Jahrhunderts immer mehr einem Bekenntnis zur zügigen Urbanisierung gewichen. Die Migration aus den Dörfern in Klein- und Mittelstädte ist bewusst gefördert worden. Auch die bestehenden Metropolen sind stark und weit über das früher geplante Maß hinaus angewachsen.

Landbewohner können heute nach Zahlung hoher Gebühren sowie bei Nachweis von genügend Vermögen und Investitionen einen städtischen Wohnsitz erwerben. Die rigiden Meldebestimmungen, die indirekt auch den Zugang zu städtischen Sozialleistungen regeln, sind zwar seit den 1980er-Jahren schrittweise gelockert, jedoch bis heute nicht abgeschafft worden. Die meisten Migranten erhalten in den Städten nur eine provisorische Meldebescheinigung ohne Dauerwohnrecht. Sie verrichten Fließbandarbeiten, Dienstleistungsjobs oder schwere körperliche Tätigkeiten, die schlecht bezahlt und von der Stadtbevölkerung gemiedenen werden. Neuere Bestimmungen, die Wanderarbeitern den Zugang zu Sozialversicherung und städtischen Schulen ermöglichen, werden nur zögernd umgesetzt. So ist in den Städten eine unterprivilegierte Bevölkerungsschicht entstanden, die entscheidend zum Wirtschaftsboom der letzten Jahrzehnte beigetragen hat. Trotz der für sie schlechten Lebensbedingungen in den Städten bleibt das unaufhörlich steigende Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land das Hauptmotiv für ihre Abwanderung vom Land (Scharping 1997b und Volkszählungsdaten).

3. Die Ein-Kind-Kampagne und ihre Konsequenzen

Die einschneidendste Veränderung in der chinesischen Bevölkerungspolitik ist seit Beginn der Wirtschaftsreformen aber zweifellos durch die in der ganzen Welt präzedenzlose Ein-Kind-Politik eingetreten, auf die daher ausführlicher eingegangen werden soll. Mit ihr reagierten Maos Nachfolger auf die massiven Wirtschaftsprobleme, die nach dem Ende der Kulturrevolution hervortraten.

Seit ihrer Verkündung Ende 1979 hat sie mehrere Phasen durchlaufen: In der Periode 1979 bis 1983 wurde von der vormaligen Zwei-Kind- zur Ein-Kind-Politik übergegangen. Die damit verbundene Massenkampagne war von Übergriffen und Gewaltakten begleitet, und sie wurde mit lokal großen Unterschieden umgesetzt. In dieser Zeit wurden erste provisorische Geburtenplanungsbestimmungen mit Anreizen und Sanktionen ausgearbeitet. Eine von 1984 bis 1985 währende Liberalisierungsphase erweiterte den Ausnahmekatalog für Zweitkind-Genehmigungen auf bis zu 17 Ausnahmebedingungen. Vorsichtige Kritik an den zuvor praktizierten Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisierungen wurde laut, die Wahlfreiheit bei den Verhütungsmitteln stärker betont. Ein wichtiger politischer Schritt war die regionale Differenzierung bei der Geburtenplanung, die hinfort unterschiedliche Vorschriften für fünf bis sieben verschiedene Gebietstypen vorsah. Neben einer grundsätzlichen Unterscheidung zwischen Stadt und Land zählten hierzu Differenzierungen nach ethnischer Zusammensetzung, Bevölkerungsdichte und Wirtschaftsweise einzelner Regionen.

1986 bis 1989 entbrannte ein heftiger interner Richtungsstreit über die weitere Fortführung der Ein-Kind-Politik. Während einige chinesische Politiker sie graduell zur Zwei-Kind-Politik zurückführen wollten, warnten andere vor einer neuen Geburtenexplosion und begründeten mit dieser Warnung ihre Forderung, weiterhin Zwangsmaßnahmen anzuwenden. De facto lockerten viele Provinzen die Ausnahmebedingungen für Zweitkind-

Genehmigungen weiter und erkennen seitdem bei der Landbevölkerung auch die Geburt eines Mädchens oder sogar nur einen – heute häufig fallen gelassenen – vierjährigen Geburtenabstand als ausreichenden Grund für eine zweite Geburt an. In Gebietstypen, die nach der Geburt eines Mädchens eine zweite Geburt zulassen, lebten um 2010 rund 54 Prozent der chinesischen Bevölkerung; in Gebieten mit noch großzügigeren Regelungen rund 11 Prozent. Rund 35 Prozent unterlagen einer starren Ein-Kind-Beschränkung. Trotz solcher weitgefasster Ausnahmebestimmungen ist aber der Anteil von Ehepaaren mit nur einem Kind mittlerweile auf über 60 Prozent aller Familien angestiegen. In den Städten, wo wesentlich rigidere Bestimmungen gelten, liegt er noch höher.

Im Jahr 1990 wurde eine bis heute andauernde Verwaltungs- und Verrechtlichungsstrategie eingeleitet. Die regional abweichenden Vorschriften sind engmaschiger geworden und auch auf Randgruppen der Gesellschaft ausgedehnt worden. Gleichzeitig sind die heute in »Sozialleistungsgebühren« umetikettierten Strafsummen für die Überschreitung der Geburtenpläne in den aktuellen Bestimmungen drastisch gestiegen. Dem entsprechen ein finanzieller und personeller Ausbau des Apparates und die Einführung restriktiver Verantwortungssysteme mit kollektiven Haftungen von Kadern und Betriebsleitern, Belegschaften und Dorfgemeinschaften. Andererseits haben jedoch die zunehmende Regelungsdichte, die fortlaufende Delegierung von Geburtenplanungsaufgaben innerhalb einer weit verzweigten Bürokratie und die häufigen Änderungen der Politik ein heute äußerst komplexes Regelwerk entstehen lassen, das wenig transparent und schwer umzusetzen ist.

Ab 1998 schließlich wurde die Geburtenplanung zunehmend durch neue Programme für reproduktive Gesundheit ergänzt, die verbesserte Beratungsleistungen und kostenlose medizinische Betreuung bei Frauenleiden, AIDS und Geschlechtskrankheiten, Sexualleben, Schwangerschaft und Geburt vorsehen. Außerdem wurden neue Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung von Ein-Kind-Familien eingeführt. Serviceleistungen und Kontrolle gehen bei vielen dieser Maßnahmen nahtlos ineinander über. Die Verbesserungen haben auch nichts an dem grundsätzlichen Zwangscharakter der chinesischen Geburtenkontrolle geändert.

Einige Problemfelder haben sich über die Jahre hinweg als besonders schwierige Hindernisse für einen raschen Geburtenrückgang erwiesen. So wurde das genehmigte Heiratsalter 1980 durch ein neues Ehegesetz de facto auf 20 bis 22 Jahre herabgesetzt. Die Späthehen-Empfehlung für eine Heirat mit 24 Jahren ist dadurch ab Mitte der 1980er-Jahre kaum noch beachtet worden. Frühehen unter dem gesetzlichen Heiratsalter machten noch einen relativ hohen Prozentsatz der Eheschließungen auf dem Land aus. Das durchschnittliche Heiratsalter der Frauen ging so von rund 23 Jahren zu Ende der 1970er-Jahre um ein Jahr zurück, um erst 2000 wieder den alten Stand zu erreichen und bis 2010 auf fast 24 Jahre, in den Metropolen auf über 26 Jahre, zu klettern. Weil die meisten Geburten innerhalb des ersten Jahres nach der Heirat erfolgen, hat dies eine zeitweise Rückverlagerung der Fruchtbarkeit in jüngere Altersgruppen nach sich gezogen. Als Reaktion darauf wurden die Geburtenehmigungen in den 1990er Jahren vielfach nur in einem mehrstufigen Verfahren ausgestellt. Dazu gehörten schriftliche Selbstverpflichtungen auf eine späte Schwangerschaft und die Geburt nur eines Kindes, Garantieerklärungen für die Durchführung von Verhütungsmaßnahmen nach der Entbindung, eine Vorlage von Registrierungsdokumenten sowie die Hinterlegung einer Kautions für den Fall eines Gebrauchs der Antibabypille, die bei gescheiterter Verhütung fällig wird.

Die überwältigende Mehrzahl der nationalen Minderheiten ist seit Mitte der 1980er-Jahre ebenfalls in die Geburtenplanung einbezogen worden. Ihren Mitgliedern sind aber in den meisten Fällen mehr Kinder als den Han-Chinesen gestattet: zwei in den Städten, drei, in Sonderfällen sogar mehr, auf dem Land. Ansonsten sind Arbeitskräftemangel, Probleme der Altersversorgung sowie das Streben nach einer Fortführung der Familienlinie

die Hauptanerkennungsgründe für die Genehmigungen eines zweiten Kindes auf dem Land. Die Ausnahmeregelungen sind in den Geburtenplanungsbestimmungen in komplizierten Fallgruppen zusammengefasst und wurden in den 1980er-Jahren stetig ausgeweitet; in den 1990er-Jahren gab es teils weitere Ausweitungen, teils aber auch neue Einschränkungen. Die aktuellen Bestimmungen enthalten nur geringfügige Veränderungen; lediglich auf die Kinderwünsche von wiederverheirateten Paaren wird etwas mehr Rücksicht genommen. Außerdem wurde das umständliche Genehmigungsverfahren für Erstgeburten stark vereinfacht.

Weil sie die Option auf ein zweites Kind erhalten, sind Pessare die bevorzugte Verhütungsmaßnahme. Sterilisierungen werden zumeist erst nach der Geburt eines zweiten Kindes durchgeführt, obwohl einige Provinzen mit besonders hohen Geburtenzahlen 1991 begannen, diese auch schon nach der ersten Geburt durchzusetzen. Aus Kostengründen verwenden weniger als zehn Prozent der Betroffenen Antibabypillen, Kondome und andere Verhütungsmittel; nur in den Städten oder in einigen Gebieten mit Sonderbedingungen liegen die Prozentsätze höher. Hinsichtlich der Wahlfreiheit von Kontrazeptiva hat die Haltung der Regierung geschwankt. Weil Pessare oft entfernt oder andere Methoden nachlässig praktiziert werden, blieben die Abtreibungsraten mit über 40 Schwangerschaftsabbrüchen pro 100 Lebendgeburten auch in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts hoch. In früheren Perioden hatten sie sogar Spitzenwerte von 60 bis 70 erreicht. Trotz einem auch in China zunehmenden Bewusstsein für Menschenrechte und Selbstbestimmung der Frauen werden Abtreibungen nach wie vor mit administrativen, rechtlichen und finanziellen Mitteln erzwungen. Entgegen den Anordnungen der Regierung kommen dabei auch Fälle physischer Gewaltanwendung immer wieder vor.

Durchgesetzt werden soll die Ein-Kind-Politik mit einem System von Sanktionen und Anreizen. Das Hauptproblem der Anreize ist aber ihre mangelhafte Finanzierbarkeit und Durchsetzbarkeit, insbesondere auf dem Land. Die Ein-Kind-Prämie von zumeist 60 RMB pro Jahr ist durch Inflation entwertet und wurde erst Ende der 1990er-Jahre in vielen Provinzen verdoppelt. Der verlängerte und bezahlte Schwangerschaftsurlaub für Personen mit Ein-Kind-Zertifikaten fällt oft zu gering aus. Vergünstigungen bei Sozialleistungen für Einzelkinder sind schwer durchzusetzen, da sie den Amtsbereich vieler Verwaltungen berühren oder durch die hohe Anzahl der Betroffenen ihren Vorzugscharakter verlieren. Weil durch die Privatisierung großer Teile der Wirtschaft und die Einschränkung eigener Gemeindegebühren frühere Finanzquellen ausgetrocknet sind, mussten die früher weitgehend den Betrieben, Kollektiven und Basiseinheiten aufgebürdeten Geburtenplanungsausgaben vom Staat übernommen werden. Sie sind unaufhörlich gestiegen und von der Zentralregierung überwiegend auf die Kreis- und Stadtebene abgewälzt worden.

Auf dem Land wären zusätzliches Ackerland und eine staatlich oder kollektiv getragene Altersversicherung die zweifellos wirksamsten Anreize. Wegen der Entkollektivierung der Landwirtschaft setzen sie jedoch staatliche Subventionen voraus und bleiben zumeist nicht realisierbar. Neue Anstöße zur Einführung einer ländlichen Altersversicherung und einmalige Sonderzahlungen bei der Pensionierung gibt es seit Ende der 1990er-Jahre. Die gezahlten Summen und der Kreis der Empfangsberechtigten sind allerdings weiterhin zu begrenzt, als dass auf die familiäre Versorgung durch Kinder verzichtet werden könnte.

Weil die materiellen Anreize beschränkt sind, bleiben Sanktionen das Hauptmittel zur Durchsetzung der Geburtenplanung. In den 1980er-Jahren schrieben sie bei Nichteinhaltung der Geburtenplanungsvorschriften zumeist einen zehnprozentigen Einkommensabzug für beide Ehepartner über 14 Jahre hinweg vor. Ein Lohnabzug ist bei Staatsbediensteten in den Städten leicht durchzusetzen, auf dem Land hingegen nur schwer. Auch die wachsende Anzahl der privatwirtschaftlich tätigen Personen entzieht sich einer genauen Kontrolle ihrer Einkommen. Darum wurden die Geldstrafen auch noch nach der Jahrtausendwende ständig erhöht. Heute kann sich die

Strafsumme für die nicht genehmigte Geburt eines zweiten Kindes auf bis zu zehn Jahreseinkommen beider Ehepartner belaufen; sie muss im Gegensatz zu früher auf einmal bezahlt werden. Bei weiteren ungenehmigten Kindern kann sie auf das Mehrfache anwachsen.

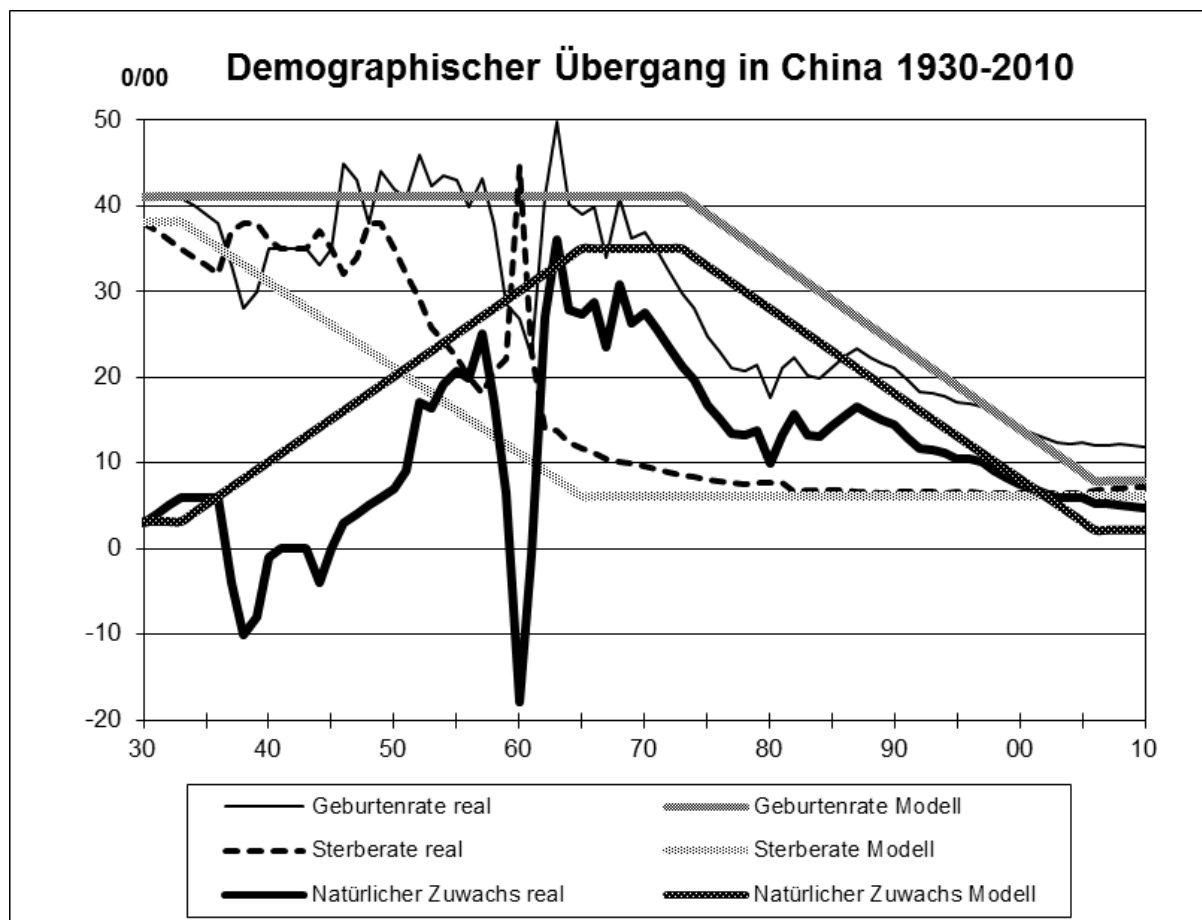
Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die chinesische Politik auf die Umsetzungsprobleme der Geburtenplanung mit einem bürokratischen Schlingerkurs reagiert hat: Sie hat erst 2003 die Geburtenplanungskommission in eine »Staatskommission für Bevölkerung und Geburtenplanung« umgetauft und mit erweiterten Befugnissen für die interministerielle Koordinierung und Aufstellung umfassender Bevölkerungspläne versehen. Letztere haben sich als sehr unzuverlässig und umstritten erwiesen. 2013 wurden diese Befugnisse daher der »Staatskommission für Entwicklung und Reform« übertragen; die Geburtenplanungskommission selbst wurde mit dem Gesundheitsministerium in einer »Staatskommission für Gesundheit und Geburtenplanung« zusammengefasst. Der Schritt wurde mit finanziellen Motiven und mit einer Überlappung der Aufgaben begründet. Hohe Politiker haben betont, dass er nicht zu einer Verminderung der Anstrengungen für die Geburtenkontrolle führen darf.

Die chinesische Gesellschaft wiederum hat ihre eigenen Ausweichreaktionen und Abwehrmechanismen gegen die staatliche Kontrolle entwickelt. Sie bleibt zerrissen zwischen einem traditionellen Gebärverhalten und den Forderungen einer neuen Zeit, die durch steigende Konsum- und Freiheitsbedürfnisse, hohe Kosten der Kindererziehung und zunehmende Lebensrisiken gekennzeichnet ist. Während die Bevölkerung auf dem Land weiterhin eine Zwei-Kind-Familie favorisiert, mehren sich die Anzeichen, dass die tatsächlichen Kinderzahlen nicht nur durch politische Eingriffe, sondern auch aufgrund der sozioökonomischen Entwicklung und eigener Entscheidungen der Familie zurückgehen. Besonders ausgeprägt ist dies in den Städten.

4. Chinas Bevölkerung zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Eine demografische Bilanz

Die besten demografischen Daten entstammen trotz erheblichen Unstimmigkeiten in den Zahlenwerken den sechs chinesischen Volkszählungen der Jahre 1953, 1964, 1982, 1992, 2000 und 2010 sowie regelmäßigen Stichprobenerhebungen seit den 1980er-Jahren. Sie lassen einige langfristige retrospektive Tendaussagen über die chinesische Bevölkerungsentwicklung zu. *Abbildung und Tabelle 1* mit den besten diesbezüglichen Daten weichen von den sonst üblichen Periodisierungen für China ab und orientieren sich stattdessen an den großen bevölkerungspolitischen Zäsuren. Dabei enthält die Grafik vollständige Zeitreihen mit eigenen Schätzungen für den Zeitraum von 1930 bis 1952. An sie wird ein Modell des demografischen Übergangs aus der Bevölkerungstheorie angelegt, das bei Modernisierungsprozessen von einer zügigen Abnahme der Sterblichkeit, einem verzögerten Rückgang der Geburtenhäufigkeit und dazwischen von einer Phase des hohen natürlichen Zuwachses ausgeht. Die Tabelle beschränkt sich auf Angaben zu den wichtigsten demografischen Wendepunkten. Die in ihr festgehaltenen Sterbe- und Geburtenraten setzen die Zahl der Geburten und Todesfälle in Beziehung zur Gesamtbevölkerung; sie spiegeln damit sowohl die individuelle als auch die durch die Altersstruktur der Bevölkerung bedingte Populationsdynamik wider. Lebenserwartung und zusammengefasste Geburtenziffer sind dagegen kompliziert abgeleitete hypothetische Größen, aus denen der Einfluss der Altersstruktur herausgerechnet wurde. Für einige der hier wiedergegebenen Werte können noch spätere Berichtigungen nötig werden.

Abb. und Tabelle 1: Demografischer Übergang und Vitalität



	Gesamt- bevölkerung (Mio.)	Geburtenrate (‰)	Zusammengefasste Geburtenziffer (Kinder pro Frau)	Sterberate (‰)	Lebenserwartung bei der Geburt (Jahre)
1953	584,19	42,2	6,1	25,8	40,3
1957	633,22	43,3	6,4	18,1	49,5
1960	650,66	24,6	4,0	44,6	24,6
1962	653,30	41,0	6,0	14,0	53,0
1970	820,40	37,0	5,8	9,5	61,4
1979	971,79	21,4	2,8	7,6	65,0
1990	1143,33	21,1	2,5	6,7	68,3
1992	1171,71	18,2	1,9	6,6	68,8
1997	1236,26	16,6	1,6	6,5	69,9
2010	1340,91	11,9	1,5	7,1	74,5

Quelle: Entwurf, Zusammenstellung und Berechnungen des Autors; Daten für 1953–80 von J. Banister.

Grafik und Tabelle zeigen, in welchem Maß Chinas Bevölkerungsentwicklung den Modellerwartungen entspricht und wie weit sie auffallende Besonderheiten zeigt. Während sie sich in den 1950er-Jahren noch weitgehend modellhaft bewegt, beginnt danach eine über 30-jährige Phase heftiger Schwankungen, die die Einwirkungen politischer Kampagnen und des Programms für Geburtenkontrolle widerspiegeln. Letzteres treibt die Geburtenzahlen ab 1970 schnell nach unten, kann dann aber in den 1980er-Jahren ihren erneuten Anstieg nicht verhindern. Erst seit den 1990er-Jahren verstetigt sich die Entwicklung wieder und entspricht abermals dem Modell.

Im Einzelnen ist das komplizierte Zusammenspiel verschiedener Faktoren für diesen höchst untypischen Verlauf verantwortlich.

Sterblichkeit

Anknüpfend an eine wahrscheinlich schon in den 1930er-Jahren einsetzende Bewegung, die nur durch die Kriegsjahre unterbrochen wurde, gingen in den ersten beiden Jahrzehnten der Volksrepublik alle Sterberaten schnell zurück. Danach verlangsamte sich das Tempo dieser Entwicklung. Relativ gesehen sank die Sterblichkeit in den jüngeren Altersgruppen in den 1950er- und 1960er-Jahren besonders stark, während bei den höheren Altersgruppen eine geringfügigere Abnahme zu verzeichnen war. Vor allem die Säuglingssterblichkeitsrate verminderte sich von etwa 200 Promille bei Gründung der Volksrepublik auf etwa 60 Promille zu Beginn der 1970er-Jahre.

Seitdem hat sich der Mortalitätsrückgang spürbar abgeflacht. Dies ist ein durchaus normaler Vorgang, nachdem die Volksrepublik die stürmische Nachholphase der Gesundheitsversorgung im ersten Vierteljahrhundert ihres Bestehens im Wesentlichen abgeschlossen hat. Die früher als Todesursachen so dominierenden Seuchen und Infektionskrankheiten wurden in dieser Zeit erfolgreich zurückgedrängt und von den heute vorherrschenden degenerativen Alterserkrankungen abgelöst. Diese treten sonst üblicherweise erst in Ländern mit einem deutlich höheren Einkommensniveau in den Vordergrund und können nur mit wesentlich höherem Aufwand bekämpft werden. Allerdings existiert innerhalb Chinas nach wie vor ein epidemiologisches Stadt-Land-Gefälle, und in einigen Landesteilen leidet die Bevölkerung weiterhin an Mangelernährung und höherer Seuchenanfälligkeit.

Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt spiegelt diese Verhältnisse wider. Sie stieg zwischen 1953 und 1970 um mehr als ein Jahr per annum – dies ist auch im internationalen Vergleich ein äußerst rascher Rückgang der Sterblichkeit, der die großen gesundheits- und sozialpolitischen Leistungen der Volksrepublik zum Ausdruck bringt. Seit den 1970er-Jahren ist dann die Lebenserwartung nur noch um etwa ein Drittel des früheren Ausmaßes gestiegen. Zwischen den Provinzen mit der höchsten und denjenigen mit der niedrigsten Lebenserwartung klappte 2010 weiterhin ein Abstand von mehr als zwölf Jahren. Im gesamtchinesischen Durchschnitt lag die Lebenserwartung bei der letzten Volkszählung von 2010 bei rund 74 Jahren, ein beträchtlich höherer Wert als in Russland. Werden die niedrigen Zensusdaten zur Säuglingssterblichkeit bereinigt, dann sinkt diese wahrscheinlich um ein Jahr. Da bei Sterbefällen weiblicher Kleinkinder und Säuglinge besonders große Erhebungslücken zu bestehen scheinen, sind solche Datenprobleme mit hoher Wahrscheinlichkeit durch die Ein-Kind-Politik bedingt.

Die größte Ausnahme von dem ansonsten vorherrschenden Bild zügigen Fortschritts beim Rückgang der Sterblichkeit stellt aber zweifellos die Periode des »Großen Sprungs« dar. Als Folge der durch ihn ausgelösten Wirtschaftskrise, die durch Naturkatastrophen zusätzlich verschärft wurde, schnellten die Sterberaten in den Jahren 1958 bis 1961 abrupt nach oben und erreichten Kriegsniveau. Analog zu diesem Anstieg gingen die Geburtenraten zurück, sodass es in den Jahren 1960/61 zu einem realen Bevölkerungsrückgang kam. Je nachdem, welche Verfahrensweisen für die Bereinigung der defekten Daten angewandt werden, ergibt sich für den Zeitraum 1958 bis 1961 ein Überhang von minimal 16 Millionen und maximal 30 Millionen Sterbefällen über das normale Maß hinaus – die größte Hungerkatastrophe in der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Nach diesem Schockerlebnis, das bis heute in auffälligen Lücken der Alterspyramide seine Spuren hinterlassen hat, ist die Sterblichkeit ab 1962 wieder schnell zurückgegangen. Seit Mitte der 1970er-Jahre bewegt sich die Sterberate in China auf einem stabilen Niveau von sechs bis sieben Promille und wird künftig, durch

Veränderungen der Altersstruktur bedingt, eher wieder leicht ansteigen als weiter zurückgehen. Unter solchen Bedingungen ist die Bevölkerungsdynamik wesentlich von der Fruchtbarkeit abhängig.

Geburtdynamik

Alle Zeichen deuten darauf hin, dass in den frühen 1950er-Jahren nach dem Ende des Bürgerkriegs ein äußerst starkes Bevölkerungswachstum einsetzte. Dabei spielte neben der Normalisierung der Lebensbedingungen auch die Kompensation für die schwache Bevölkerungsdynamik der Kriegsjahre eine Rolle. Die chinesischen Daten widersprechen damit der landläufigen These, wonach bessere Lebensverhältnisse immer eine sinkende Fruchtbarkeit nach sich ziehen. Nach dem Tiefpunkt des »Großen Sprungs« kommt es ab 1962 wieder zu Kompensationseffekten, die bis zum Ende des Jahrzehnts auf einem hohen Fruchtbarkeitsniveau ausschlagen. Eine nachhaltige Wirksamkeit der Geburtenkontrolle mit einem kontinuierlichen Rückgang von Geburtenrate und Kinderzahl pro Frau ist erst ab 1971 dokumentierbar. Bis 1979, dem letzten Jahr der Zwei-Kind-Politik, halbieren sich die Fruchtbarkeitsindikatoren. Danach spiegeln die Zahlen die Schwankungen der Geburtenkontrolle wider. Auch die sozioökonomischen Veränderungen der Reformära haben dazu beigetragen, die heutigen Kinderzahlen in China deutlich unter das Ersatzniveau von 2,1 auf einen Wert von heute etwa 1,5 bis 1,6 sinken zu lassen. Es bleibt jedoch unmöglich, präzise zu messen, welchen Anteil jeweils politisch erzwungene und spontan erfolgende Veränderungen daran haben.

Ungeachtet des Übergangs zur Ein-Kind-Politik ist die chinesische Bevölkerung zwischen 1980 und 1990 um durchschnittlich 16 Millionen, zwischen 1980 und 1990 um durchschnittlich zwölf Millionen sowie zwischen 2000 und 2010 um durchschnittlich sieben Millionen Menschen pro Jahr gewachsen. Insgesamt hat sie in diesem Zeitraum um fast 354 Millionen Menschen zugenommen. Dies ist zunächst auf die Größe der Frauenkohorten im gebärfähigen Alter und die hohe Basiszahl der Bevölkerung zurückzuführen, die auch bei sinkenden natürlichen Zuwachsraten immer noch eine hohe Dynamik bezogen auf die absoluten Zahlen erzeugt. Darüber hinaus ist dieser Bevölkerungszuwachs auch auf die oben geschilderten Umsetzungsprobleme der Geburtenkontrolle zurückzuführen.

Der Anteil von Erstgeburten an der Gesamtzahl aller Geburten ist relativ niedrig geblieben. Während er nach früheren Erfolgsberichten kontinuierlich auf fast 70 Prozent angestiegen sein sollte, siedelte ihn eine nationale Großerhebung 1988 bei nur 50 Prozent an. 2010 soll er in ganz China bei 60 Prozent, in den Städten bei 77 Prozent gelegen haben. Diese Anteile sind sowohl durch die Zahl der neuen Eheschließungen und der Sondergenehmigungen für Zweitgeburten als auch durch den Anteil ungenehmigter Geburten bedingt. Letzterer sollte nach Aussage der Geburtenplanungskommission in den 1980er-Jahren auf 15 Prozent aller Geburten zurückgegangen sein, war jedoch real auf über 50 Prozent im Jahr 1988 angestiegen. Besonders geburtenstarke Provinzen befinden sich zumeist im rückständigen Hinterland bzw. in den nordwestlichen und südwestlichen Minderheitenregionen. Daneben gab es aber auch in einigen Küstenprovinzen wie Fujian und Guangdong lange Zeit hohe Geburtenzahlen.

Während die chinesische Propaganda mit dem Leitbild von einem Kind pro Frau arbeitete, gingen die internen Planungen für die Zeit ab 1985 von 1,5 bis 1,7 Kindern pro Frau aus. Diese Planzahl wurde nicht erreicht. Stattdessen lag die zusammengefasste Geburtenziffer bis 1990 zumeist bei 2,5 bis 2,7 Kindern pro Frau, in einzelnen Jahren sogar noch darüber. Deutlich lassen sich Wellenbewegungen erkennen, die sowohl auf Schwankungen im Heiratsalter als auch auf die wechselnden politischen Rahmenbedingungen zurückzuführen sind. Lediglich Regionen mit hoher Verstädterung sowie Provinzen, die eine Vorreiterrolle bei der Geburtenplanung

spielen, bewegten sich innerhalb des angestrebten Rahmens. In der Mehrzahl der Fälle scheinen jedoch die nachlassenden staatlichen Kontrollmöglichkeiten, die sich im Zuge der Reformpolitik insbesondere durch die Entkollektivierung der Landwirtschaft und die Zulassung von Privatbetrieben ergaben, die strengen Vorgaben der Ein-Kind-Politik konterkariert zu haben.

Im Gefolge der wieder schärferen Ein-Kind-Politik seit den 1990er-Jahren und der tief greifenden sozioökonomischen Veränderungen liegt die zusammengefasste Geburtenziffer seit 1991/92 unter dem Ersatzniveau von 2,1 Kindern pro Frau. Sie ist seit etwa 1996 auf ca. 1,5 bis 1,6 Kinder pro Frau zurückgegangen. Viele Erhebungen und die beiden letzten Volkszählungen erbringen seit dem Jahr 2000 sogar noch niedrigere Werte von 1,2 bis 1,4. Alle Daten bleiben allerdings nach wie vor sehr unsicher. Verschiedene Bereinigungsversuche und Vergleichsrechnungen setzen die Unterzählungen auf etwa 15 Prozent bis 30 Prozent der realen Geburtenzahlen an. Die höchsten Schätzungen stammen von der Geburtenplanungskommission, die von 1992 bis 2010 kontinuierlich mit ungefähr 1,8 Kindern pro Frau und so mit bis zu einem Drittel nicht erfassten Geburten rechnete.

Angesichts einer Betrachtung der altersspezifischen Fertilitätsraten zeigt sich, dass sich das gesunkene Heiratsalter auch auf die Fertilität übertrug. Nach wie vor werden die meisten Kinder im ersten bis zweiten Jahr nach der Heirat geboren. Die höchsten altersspezifischen Fertilitätsraten fanden sich bis etwa 2005 bei den 20- bis 24-jährigen Frauen. Somit gab es eine deutliche Rückverschiebung in jüngere Altersgruppen, da in den 1970er-Jahren die meisten Geburten bei 25- bis 29-jährigen Frauen zu verzeichnen waren. Dadurch ist der Lebensabschnitt, in dem die Geburt eines zweiten Kindes möglich ist, verlängert worden, was insgesamt eine Beschleunigung des Generationenwechsels mit entsprechend höherem Bevölkerungszuwachs begünstigt. Erst nach der Jahrtausendwende ist die Fruchtbarkeit auch bei den über 30-jährigen Frauen spürbar angestiegen.

Betrachtet man die Zahlen für die Geburten verschiedener Ordnung (Erst-, Zweitgeburten etc.), zeigt sich ein klares Stadt-Land-Gefälle. Während in den Städten das angestrebte Niveau eingehalten und in den letzten Jahren mit weniger als ein Kind pro Frau sogar deutlich unterschritten wird, ist die zusammengefasste Geburtenziffer auf dem Land erst in den 1990er-Jahren stärker gefallen. In den Städten gingen die Zweitgeburten Anfang der 1980er-Jahre zunächst dramatisch zurück, um sich danach auf einem niedrigen Niveau einzupendeln. Auf dem Land hingegen ist die Geburtenziffer für zweite Kinder über die 1980er-Jahre hinweg kontinuierlich gewachsen. Auch die Geburtenziffer für Geburten dritter und höherer Ordnung blieb bis 1990 bedenklich hoch. Das hat immer wieder Ängste vor einer generellen Freigabe von Zweitgeburten auf dem Land ausgelöst.

Geschlechterverhältnis

Nach internationalen Vergleichszahlen müsste das Geschlechterverhältnis der Neugeborenen bei 1.050 Knaben pro 1.000 Mädchen liegen. In diesem Rahmen hat es sich in China auch während der 1950er- und 1960er-Jahre bewegt. Seit Beginn der Ein-Kind-Politik ist es jedoch zunehmend abnorm geworden und auf das weltweit höchste Niveau angestiegen. Es überschritt schon 1985 im gesamtchinesischen Durchschnitt den Wert von 1.100 Knaben pro 1.000 Mädchen. In den 1990er-Jahren breitete sich das verzerrte Geschlechterverhältnis bei der Geburt im Zuge der verschärften Geburtenplanung auf das ganze Land aus und trieb den Wert seit 1997 auf etwa 1.200 : 1.000 hoch. In Zentral- und Südchina werden sogar Werte von fast 1.400 : 1.000 erreicht. Auffällig ist die Situation sowohl in rückständigen Landgebieten als auch in denjenigen Regionen, in denen eine besonders strikte Ein-Kind-Politik durchgesetzt worden ist. Umgekehrt ist das Geschlechterverhältnis dort normaler, wo besonders weitgehende Ausnahmegenehmigungen für Zweit- oder Mehrgeburten eingeräumt wurden. Glaubt man den teilweise unsicheren

demografischen Angaben, dann hat sich der Fehlbetrag an weiblichen Geburten von 1980 bis 2010 auf fast 27 Millionen fehlende Mädchen in den Altersgruppen von 0 bis 29 Jahren addiert. Jährlich kommen fast eine Million hinzu.

Während Einmütigkeit darüber besteht, dass die in China traditionell in Notzeiten praktizierten Kindesmorde nur zu einem kleinen Teil Ursache des Problems sind, herrscht Unsicherheit, ob hauptsächlich geschlechtsspezifische Abtreibungen oder absichtliche Nichtregistrierungen weiblicher Neugeborener für die Verzerrung verantwortlich sind. Eindeutig ist nur der Befund, dass die Anomalie auf die Sohnespräferenz der chinesischen Kultur zurückzuführen ist, die durch die heutige Geburtenplanung nicht mehr auf dem traditionellen Weg befriedigt werden kann: nämlich so lange Kinder zu bekommen, bis die gewünschte Familienkonstellation erreicht ist. Bei Erstgeburten liegt das Geschlechterverhältnis nämlich weitgehend im Normbereich; bei Geburten höherer Ordnung steigt es jedoch immer stärker abhängig von der Frage an, ob die vorangegangene Geburt die eines Mädchens oder die eines Knaben gewesen ist.

Soziale Indikatoren wie Bildungsstand und Berufszugehörigkeit weisen auch in China eine negative Korrelation zum Fruchtbarkeitsniveau auf: Mit steigender Bildung nimmt die Kinderzahl ab, ähnliches gilt für qualifizierte Berufe mit längeren Ausbildungszeiten. 50 Prozent der Bevölkerung sind jedoch Bauern mit nur geringer Schulbildung. Die wenigen Stichprobenerhebungen zur einkommensspezifischen Fruchtbarkeit aus den 1980er-Jahren deuteten auf eine Häufung von Geburten sowohl bei Armen als auch bei Reichen hin. Nur in der Mittelgruppe schien die Fruchtbarkeit abzunehmen. Seit den 1990er-Jahren dürften vor allem die stark gestiegenen Ausbildungskosten für Kinder und die wachsenden Konsumbedürfnisse der Bevölkerung an den abnehmenden Geburtenzahlen mitbeteiligt sein. Insgesamt aber bleibt der Umfang der sozioökonomischen Eigendynamik für einen spontanen Fertilitätsrückgang nicht genau messbar, was auch die politische Zukunft der Geburtenplanung beeinflusst. Eine weitere Einflussgröße ist der Umfang der besonders gebärfreudigen Kohorten von Frauen im Alter von 21 bis 29 Jahren. Sie nahmen zwischen 1995 und 2005 spürbar ab, kletterten danach wieder auf ihr altes Niveau und gingen erst seit 2012 dauerhaft zurück.

Regionale Bevölkerungsdichte und Migration

Angesichts der Größe Chinas bestehen erhebliche demografische Unterschiede innerhalb des Landes. *Tabelle 2* fasst die regional unterschiedlichen Entwicklungen seit 1953 zusammen. Sie zeigt die starke Unausgewogenheit in der Siedlungsdichte des Landes, wenn man diese an der sinnvollsten Bezugsgröße, den Ackerflächen, misst. In der Tabelle treten neben den Stadtregionen Beijing, Tianjin und Shanghai die Provinzen Ost-, Zentralsüd- und Südwestchinas als die am dichtesten besiedelten Ballungsgebiete hervor.

Den höchsten Bevölkerungszuwachs erfuhren jedoch in der Mao-Ära nicht Ost-, Zentralsüd- und Südwestchina, sondern die übrigen Regionen im Norden, Nordosten und Nordwesten des Landes. Besonders hoch fiel der Zuwachs in den Provinzen und Autonomen Regionen Innere Mongolei, Heilongjiang, Hainan, Qinghai, Ningxia und Xinjiang an der Peripherie Chinas aus. Sie genossen als von nationalen Minderheiten besiedelte Grenz- und Neulandgebiete eine starke Aufmerksamkeit und wurden besonders in den 1950er- und 1970er-Jahren planmäßig kolonisiert. Außerdem sind für das starke Bevölkerungswachstum in diesen Regionen auch die Sonderkonditionen verantwortlich, die Chinas Minderheiten bei der Geburtenkontrolle zuteilwerden. Ähnliches galt für südwestchinesische Minderheitengebiete wie Guangxi, Guizhou und Yunnan, in denen der Bevölkerungszuwachs ebenfalls über dem Durchschnitt lag. Das überproportional starke Wachstum der

chinesischen Hauptstadt Beijing dürfte hingegen in erster Linie auf Zuwanderung zurückzuführen sein. Schließlich haben auch die Provinzen Fujian, Jiangxi und Guangdong einen besonders starken Zuwachs erlebt, der in hoher Fruchtbarkeit und weniger wirksamer Geburtenkontrolle gründet.

Tab. 2: Regionale Bevölkerungsentwicklung (1953–2010)

	Absolut	Zuwachs p.a.	Anteil ¹	Anteil ¹	Dichte
	2010	1953–2010	1953	2010	2010
	(Mio.)	(%)	(%)	(%)	(E/qkm
					Ackerland)
Peking	19,62	2,75	0,7	1,5	8468
Tianjin	12,99	1,85	0,8	1,0	2945
Hebei	71,94	1,33	5,8	5,4	1139
Shanxi	35,74	1,60	2,5	2,7	881
Innere Mongolei	24,72	2,13	1,3	1,8	346
Nord	165,01	1,66	11,0	12,3	907
Liaoning	43,75	1,32	3,5	3,3	1071
Jilin	27,47	1,56	1,9	2,0	496
Heilongjiang	38,33	2,06	2,0	2,9	324
Nordost	109,55	1,61	7,5	8,2	511
Shanghai	23,03	1,57	1,6	1,7	9439
Jiangsu	78,69	1,29	6,5	5,9	1652
Zhejiang	54,47	1,52	3,9	4,1	2836
Anhui	59,57	1,16	5,3	4,4	1040
Fujian	36,93	1,81	2,3	2,8	2776
Jiangxi	44,62	1,72	2,9	3,3	1578
Shandong	95,88	1,13	8,6	7,2	1276
Ost	393,19	1,36	31,2	29,3	1616
Henan	94,05	1,33	7,6	7,0	1187
Hubei	57,28	1,27	4,8	4,3	1228
Hunan	65,70	1,19	5,7	4,9	1734
Guangdong	104,41	2,07	5,5	7,8	3688
Guangxi	46,10	1,50	3,4	3,4	1093
Hainan	8,69	2,08	0,5	0,6	1195
Zentralsüd	376,23	1,51	27,5	28,1	1558
Sichuan	109,30	0,89	11,3	8,2	1336
Guizhou	34,79	1,47	2,6	2,6	776
Yunnan	46,02	1,70	3,0	3,4	758
Tibet	3,01	1,51	0,2	0,2	832
Südwest	193,12	1,16	17,2	14,4	1011
Shaanxi	37,35	1,50	2,7	2,8	922
Gansu	25,60	1,43	1,9	1,9	549
Qinghai	5,63	2,13	0,3	0,4	1037
Ningxia	6,33	2,38	0,3	0,5	572
Xinjiang	21,85	2,64	0,8	1,6	530
Nordwest	96,76	1,77	6,1	7,2	668
VR China	1340,91	1,47	100,0	100,0	1102

¹ Anteil an der Gesamtbevölkerung. Daten für Sichuan unter Einschluss von Chongqing.

Quelle: Zusammenstellung und Berechnung des Autors.

Auch für die Provinzen mit den niedrigsten Zuwachsraten lassen sich mehrere Einflussfaktoren nennen. Sie stellen entweder seit jeher Abwanderungsgebiete dar (Shandong, Hebei, Hunan), sind stark urbanisiert (Liaoning, Shanghai, Jiangsu) oder zeichnen sich als bevölkerungsstarke Schlüsselregionen durch eine besonders rigide

Geburtenplanung aus (Shandong, Jiangsu, Sichuan). In der Mitte des Spektrums liegen agrarische Hinterlandprovinzen, wo eine ehrgeizige Geburtenkontrolle auf ein besonders traditionell geprägtes Gebärverhalten stößt. Wie ein Vergleich der Bevölkerungsanteile der einzelnen Provinzen in den Jahren 1953 und 2010 belegt, haben all diese verschiedenen Einflussfaktoren die Regionalstruktur des Landes aber nur geringfügig verändern können. Lediglich in wenigen Fällen gibt es größere Veränderungen, die meist durch Migration bedingt sind. Die früher beschworene Umverteilung der Bevölkerung in großem Maßstab aber ist ausgeblieben. Die nur schwache Verschiebung der Bevölkerungsanteile ist auch darauf zurückzuführen, dass viele Umsiedlungskampagnen der Mao-Ära in der Reformperiode durch Rückwanderungen und den massiven Zustrom in die boomenden Küstengebiete konterkariert wurden, Zu- und Abwanderungen sich langfristig meist ausgeglichen haben.

Urbanisierung

Trotz ihrer Bedeutung im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext sind also die Umverteilungseffekte staatlich organisierter Bevölkerungsbewegungen und interregionaler Migrationen demografisch bescheiden geblieben. Das Stadt-Land-Verhältnis hat allerdings einschneidende Veränderungen erfahren. Nach einem rasanten Anstieg der Urbanisationsraten in den 1950er-Jahren hielten staatliche Eingriffe, wie das zwischen 1962 und 1984 weitgehend respektierte Verbot für Bauern, in die Städte zu ziehen, die weitere Urbanisierung viele Jahre lang künstlich auf. Im Zuge der Wirtschaftsreformen hat diese jedoch mit Macht wieder eingesetzt. Die diesbezüglichen Daten finden sich in *Tabelle 3*.

Tab. 3: Urbanisierung und Migration (1951–2010)

	Stadtbevölkerung	Zuwachs ¹	Urbanisationsrate ²	Migranten
	(Mio.)	(%)	(%)	Mio.
1951	66,32		11,8	k.A.
1957	99,49	7,0	15,4	4
1960	130,73	9,5	19,8	k.A.
1962	116,59	-5,6	17,3	20
1970	144,24	2,7	17,4	k.A.
1978	172,44	2,3	17,9	4
1990	301,95	4,8	26,4	22 - 70
2000	459,06	4,3	36,2	79 - 152
2010	669,78	3,8	50,0	220 - 275

¹Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs seit dem vorher angegebenen Jahr.

²Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Quelle: Zusammenstellung und Berechnung des Autors, Migrantenzahlen nach unterschiedlichen Definitionen und für alle Migrationsrichtungen.

Wegen vielfältiger Definitions- und Erhebungsprobleme sind nicht alle in der Tabelle enthaltenen Zahlen miteinander vergleichbar. Insbesondere sind die seit den 1980er-Jahren stark anwachsenden Zuwanderungen in die Städte ohne Wechsel des offiziellen Wohnsitzes nur unzureichend erfasst. Die Wanderbevölkerung in städtischen und ländlichen Gebieten wurde 2009 auf rund 220 Millionen Menschen geschätzt; die Volkszählung von 2010, die auch kleinräumige Migrationen innerhalb von Städten und Kreisen einbezog, kam sogar auf 275 Millionen. In den

Großstädten machen Migranten ohne offiziellen Wechsel des Wohnortes heute über ein Drittel der tatsächlichen Bevölkerung aus.

Trotz mancher Unstimmigkeiten zeichnen sich die großen Tendenzen in der Tabelle eindeutig ab: Fast 20 Jahre lang blieb Chinas Verstädterung – einmalig in der ganzen Welt – auf einem relativ niedrigen Stand eingefroren. Dann jedoch führte die Reformpolitik dazu, dass ein hohes Urbanisierungstempo schnell wieder erreicht wurde. Weil die Gesamtzahl der Stadtbevölkerung heute einen sehr großen Umfang erreicht hat, erzeugen selbst kleinere Zuwachsraten als in den 1950er-Jahren eine sehr große Zunahme. Innerhalb einer Generation ist so der Anteil der Stadtbevölkerung von einem Fünftel auf die Hälfte der Gesamtbevölkerung gewachsen. Während früher der natürliche Zuwachs (Geburten minus Sterbefälle), die Migration und Eingemeindungen jeweils zu ungefähr einem Drittel am Gesamtwachstum der Städte beteiligt waren, speist sich das städtische Wachstum heute zu mehr als der Hälfte aus einer massiven bäuerlicher Zuwanderung. Zusammen mit den ebenfalls in den Migrantenzahlen der Tabelle enthaltenen Wanderungen innerhalb ländlicher Gebiete oder von einer Stadt zur anderen stellt diese Migration von Chinas Menschen die größte Bevölkerungsbewegung auf Erden dar.

Altersstruktur

Als letztes wichtiges Problem seien die erheblichen Veränderungen der chinesischen Altersstruktur angesprochen, die in den Daten von *Tabelle 4* zusammengefasst sind. Die Tabelle gibt außer den Prozentanteilen der drei großen sozioökonomischen Altersgruppen auch Lastenquotienten wieder, die zu versorgende Kinder und Alte mit den Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 64 Jahren in Beziehung setzen. Die der Tabelle zugrunde liegenden Volkszählungsdaten sind abermals defekt; Bereinigungen für 2010 würden wahrscheinlich zu einem höheren Kinderanteil und einem niedrigeren Altenanteil führen. Stets zeigt sich jedoch, dass die Kinderlast ganz erheblich abgenommen, die Altenlast dagegen in bis jetzt noch kleinerem Umfang zugenommen hat. Die Gesamtbelastung von Wirtschaft und Gesellschaft ist von ihrem Gipfel mit fast 80 abhängigen pro 100 aktiven Personen im Jahr 1964 auf ein Verhältnis von etwa 34 : 100 zurückgegangen.

Dies ist als demografische Dividende bezeichnet worden. Sie kann auf das Hereinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge früherer Zeiten in das Erwerbsleben bei gleichzeitigem Rückgang der Geburten zurückgeführt werden. Neben vielen anderen Faktoren ist die chinesische Geburtenkontrolle für diese positive Entwicklung mitverantwortlich. Sie beruft sich nach offizieller und stark übertriebener Darstellung auf mittlerweile rund 400 Millionen Geburten, die durch ihre Einwirkung unterblieben sind. Bei näherer Betrachtung ergeben sich jedoch nur rund 80 Millionen unterbliebene Geburten während der Zwei-Kind-Politik von 1971 bis 1979 und maximal 115 Millionen in der Periode 1980 bis 1999, in der die Ein-Kind-Politik betrieben wurde. Nach 2000 verbieten sich solche Kalkulationen, weil der Beitrag der spontanen und freiwilligen Geburtenreduktion für die Geburtenkontrolle deutlich höher veranschlagt werden muss. Überhaupt macht die offene Frage, wie sich die Fruchtbarkeit ohne Geburtenkontrolle entwickelt hätte, die Achillesferse all solcher Berechnungen aus.

Tab. 4: Altersstruktur (1953–2010)

	0-14 (%)	Kinder pro 100 E im Alter 15-64	15-64 (%)	65+ (%)	Alte pro 100 E im Alter von 15-64
1953	36,3	61,2	59,9	4,4	7,4
1964	40,7	73,0	55,7	3,6	6,4
1982	33,6	54,6	61,5	4,9	8,0
1990	27,6	41,5	66,8	5,6	8,3
2000	23,2	32,6	69,9	6,9	9,9
2010	16,7	22,3	74,5	8,6	11,9

Quelle: Zusammenstellung und Berechnung des Autors für die Jahresmitte nach unbereinigten Volkszählungsdaten.

5. Künftige Perspektiven

Wie die demografische Bilanz bezeugt, bleibt die Beurteilung der gegenwärtigen chinesischen Populationsdynamik angesichts vieler gegenläufiger Kräfte und der mit ihnen verbundenen Interessen schwierig. Unübersehbaren Belegen für viele ungemeldete Geburten steht eine von Jahr zu Jahr zunehmende Kette von anderen Zahlen gegenüber, die einen dramatischen Geburtenrückgang anzeigen. Die amtliche Statistik hat es nicht vermocht, Licht in das Dunkel bringen. Bedingt durch die starken politischen Zwänge einerseits und hohe Migrantenzahlen andererseits werden die jüngeren Volkszählungsergebnisse und aufwendigen Bevölkerungserhebungen immer unsicherer und widersprüchlicher. Seit 1993 streiten sich verschiedene Staatsorgane sowie chinesische und internationale Demografen über aktuelle Registrierungslücken und erheblich divergierende Angaben.

Es ist eine bizarre Ironie der Geschichte, dass das Land mit der stärksten Geburtenkontrolle der Welt seit nunmehr dreißig Jahren die Kontrolle über seine Geburtenzahlen verloren hat. Während die früher gemeldeten Geburtenziffern für die 1980er-Jahre erheblich zu tief lagen und wegen ständig neu auftauchender Personen in den korrespondierenden Altersgruppen späterer Jahre erheblich angehoben werden müssen, hat genau diese Anhebung einen bis heute ungelösten Streit um das Ausmaß der Unterzählung seit den 1990er-Jahren ausgelöst. Im Gegensatz zu den 1980er-Jahren ist die Geburtenentwicklung seit Mitte der 1990er-Jahre von den zuständigen chinesischen Behörden offensichtlich beträchtlich überschätzt worden. Gleichzeitig demonstrieren jedoch die stark defekten Zahlen der letzten chinesischen Volkszählung von 2010, dass Bereinigungen der lückenhaften Originaldaten unerlässlich bleiben. So könnten die Geburtenzahlen zwischen 2005 und 2010 weiter um mehr als zehn Prozent, im Zensusjahr 2010 sogar um mehr als 20 Prozent unterzählt worden sein. Die chinesischen Datenprobleme wirken sich auch auf die Angaben internationaler Institutionen wie die UNO aus, deren 2013 veröffentlichte Kalkulationen chinesischer Bevölkerungszahlen sowohl von den früheren UNO-Berechnungen als auch von den chinesischen Volkszählungsdaten erheblich abweichen (Scharping 2005; Scharping 2007)¹. Angesichts der defekten Basiszahlen bleiben auch alle Projektionen künftiger Bevölkerungsentwicklungen in China schwierig.

¹ Für die Ausführungen wurden die Zensusdaten von 2010 mit den Zensusergebnissen der Jahre 2000 und 1990 und anderen Erhebungen sowie mit den World Population Prospects der UNO, Revisions 2008, 2010 und 2012,

Trotz solcher Unsicherheiten zeichnen sich für die Zukunft jedoch einige große Tendenzen ab. China wird künftig nicht mehr der noch durch vielerlei Traditionen geprägte Agrarstaat früherer Jahre sein, sondern ein zunehmend urban geprägtes und hochgradig mobiles Land mit allen Konsequenzen, die das für Versorgung, Erwerbsleben und Lebensweise, Werte, Bildungsstand und politische Partizipation der Bevölkerung hat. Die Projektionen rechnen mit Urbanisationsraten von bis zu 70 Prozent im Jahr 2030 und bis zu 85 Prozent im Jahr 2050 sowie mit weiter auf bis zu 400 Millionen steigenden Migrantenzahlen. Schätzungen sehen in China in den nächsten 15 Jahren rund 50 neue Millionenstädte und eine neu bebaute Stadtfläche in der Größe ganz Europas entstehen.

Der Druck zur Integration der in den Städten lebenden Schicht von entweder gar nicht oder nur provisorisch gemeldeten Migranten wird zunehmen. Billige Wanderarbeiter senken zwar die Kosten für die Betriebe wie für die Stadtverwaltungen und stellen einen Motor des chinesischen Wirtschaftswachstums dar, sie schaffen aber andererseits auch ein erhebliches Konfliktpotenzial. Dieses wird nur beherrscht werden können, wenn die Einkommen sowohl der zugewanderten als auch der eingesessenen Bevölkerung weiter kontinuierlich steigen und kein Kampf um Arbeitsplätze und Löhne ausbricht.

Darüber hinaus aber beeinflussen vor allem die Folgen der Ein-Kind-Politik Chinas Zukunftsaussichten. Hauptintention dieser Politik war und ist es, eine raschere Modernisierung des Landes zu ermöglichen, als dies auf der Basis des hohen Bevölkerungswachstums früherer Jahre möglich war. Ängste um Ernährung, Arbeitsplätze und Wohnraum, genügend Investitionsspielräume und ausreichende natürliche Ressourcen standen an der Wiege dieser Politik. Ihre tatsächliche Durchführung wich allerdings stark von den Planungen ab und blieb hinter den angestrebten Zielen zurück. So haben die widersprüchlichen demografischen Entwicklungen seit den 1980er-Jahren die chinesischen Zukunftsszenarios erheblich verändert. Statt der ursprünglich angestrebten Obergrenze von 1,20 Milliarden Menschen im Jahr 2000 wurde zur Jahrtausendwende eine Gesamtzahl von etwa 1,27 Mrd. erreicht. Zugleich haben sich auch die Projektionen für das Jahr 2050 erheblich verändert. Statt der 1,07 Mrd. Menschen, die zu Beginn der Ein-Kind-Politik angestrebt wurden, setzten pessimistische Szenarien Ende der 1980er-Jahre bis zu 1,6 Mrd. für das Jahr 2050 an. Wegen den stark gesunkenen Kinderzahlen pro Frau in den letzten 20 Jahren wird aber mittlerweile nur von etwa 1,3 bis 1,4 Mrd. ausgegangen. Dies zeigt, wie angesichts der Höhe der chinesischen Basiszahlen auch auf den ersten Blick nur geringfügige Unterschiede der Geburtenziffern nach einigen Dekaden zu riesigen Differenzen bei den Gesamtbevölkerungszahlen führen.

Die unterschiedlichen Annahmen haben erhebliche Auswirkung auf die Frage, ob China seine Modernisierung und Industrialisierung weiter wie bisher unter den Bedingungen eines ständigen großen Bevölkerungsüberhangs leisten muss. Auch alte Antriebsmotive der Geburtenkontrolle wie die Furcht vor einem Raubbau an den Ressourcen bleiben weiter bestehen. Ob die durch ihn mitverursachten und verschärften Umweltprobleme weiter zunehmen oder geringer werden, wird auch stark von der künftigen Bevölkerungsentwicklung abhängig sein. Eindeutig verbessert hat sich nur die Getreideversorgung der Bevölkerung, die von den niedrigeren Bevölkerungszuwächsen profitiert, durch die starke Abwanderung vom Land allerdings auch bedroht wird. Bis jetzt hat China die Befürchtungen widerlegt, seine Bevölkerung nicht mehr genügend ernähren zu können.

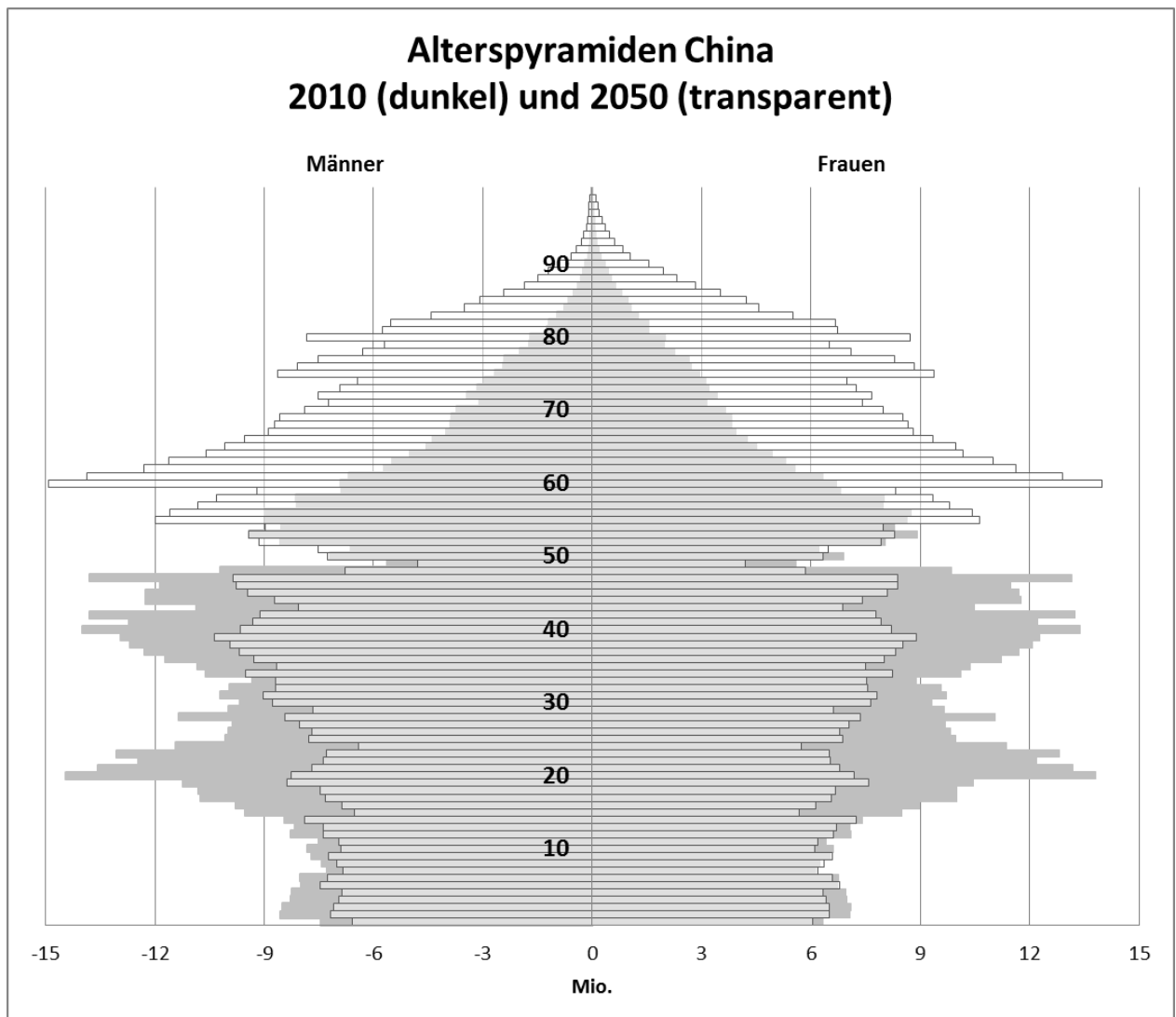
verglichen. Letztere können über die in der Literaturliste angegebene Webseite des Department of Economic and Social Affairs, Population Division, aufgerufen werden.

Eine eindeutige Entspannung zeichnet sich für die Beschäftigungssituation ab. Das Arbeitskräftepotenzial ist zwar zwischen 1982 und 2010 um die gigantische Zahl von netto etwa 375 Millionen Menschen gewachsen, wird aber ab 2017 erst langsam, ab 2025 beschleunigt zurückgehen. Während Chinas letzter Parteichef Hu Jintao wie seine Vorgänger die Schaffung einer genügenden Zahl von Arbeitsplätzen als sein größtes Dauerproblem bezeichnet hat, zeigen sich viele Demografen und Ökonomen inzwischen nicht mehr über die latente Massenarbeitslosigkeit, sondern über einen möglichen Arbeitskräftemangel in der Zukunft besorgt. Eng damit verbunden ist die Frage, in welchem Maß das Land weiter auf niedrige Löhne für einfache Wanderarbeiter setzt oder zu einer intensiveren Wachstumsstrategie mit weniger Arbeitskräften und steigenden Löhnen übergeht.

Drohende Überalterung

Abbildung 2 mit den höchst untypischen chinesischen Alterspyramiden bildet noch einmal die Hinterlassenschaft der früheren politischen Kampagnen und demografischen Interventionen für die Bevölkerung ab.

Abb. 2: Alterspyramiden China 2010 und 2050



Quellen: Unbereinigte Volkszählungsdaten von 2010 und mittlere UNO-Projektion (Revision 2012) für 2050.

Die zugrunde liegenden Zahlen der übereinander projizierten Pyramiden sind, wie mehrfach erwähnt, teilweise defekt und müssen künftig bereinigt werden; ihre Unstimmigkeiten ändern aber nichts an der Natur der Probleme durch die bevorstehende Überalterung. Zwar werden angesichts der hohen Geburtenzahlen in den 1980er-Jahren der wachsenden Menge von alten Menschen nicht so wenige Berufstätige wie einmal befürchtet entgegenstehen. Die niedrigen Geburtenzahlen für die folgende Periode verschärfen das Problem allerdings erneut. Für ganz China ergeben die Projektionen für das Jahr 2050 einen Anteil von über 25 Prozent alter Menschen im Alter ab 65 Jahren. In denjenigen Städten und Regionen, die ab den 1980er-Jahren eine strikte Ein-Kind-Politik durchsetzen konnten, drohen sogar Altenanteile von bis zu 40 Prozent. Dies wird gravierende Probleme aufwerfen, die nur über starke Zuwanderung aus dem Umland und eine bis heute nicht genügend ausgestaltete Sozialversicherung zu lösen sind.

Subtil sind schließlich die schleichenden Veränderungen, die durch den Wandel der Familienstruktur bewirkt werden. Das stark verzerrte Geschlechterverhältnis bei der Geburt zeichnet für die Zukunft erhebliche Probleme auf dem Heiratsmarkt vor. Die wachsende Zahl von egozentrischen Einzelkindern läuft den gruppen- und gemeinschaftsbezogenen Werten der chinesischen Kultur fundamental zuwider. Chinas Menschen müssen sich bereits heute auf eine stark abnehmende soziale Kohäsion einstellen.

Die unübersehbaren Probleme haben die niemals verstummt Forderungen nach einer Revision der Ein-Kind-Politik eine neue Qualität annehmen lassen. Statt wie früher hinter verschlossenen Türen wird seit 2004 in chinesischen Fachpublikationen, in den Medien und auch in politischen Gremien immer heftiger ein Ende der jetzigen Linie verlangt. Die Opponenten fordern eine deutliche Lockerung, nicht aber die völlige Freigabe der Geburtenbeschränkungen. Ihr Standpunkt wird durch den zunehmenden Konsens darüber abgestützt, dass die Fruchtbarkeit schon länger weit unter dem Ersatzniveau liegt, selbst wenn ihre heutige Höhe nicht exakt bestimmt werden kann. Der nicht mehr verdeckte Widerspruch zur offiziellen Haltung ist bemerkenswert, weil er die Entstehung und Duldung einer kritischen Öffentlichkeit in einem zentralen Bereich der chinesischen Politik belegt.

Im Zusammenhang der jahrelangen Debatte spielen auch die von der Geburtenplanung aufgeworfenen Menschenrechtsfragen eine wichtige Rolle. Da die chinesische Politik trotz einiger positiver Entwicklungen weiter mit Zwangsmaßnahmen und Sanktionen arbeitet, halten die Proteste gegen solche Praktiken an. Nach wie vor streiten dabei drei Wertsysteme miteinander:

- die individualistisch geprägten Menschenrechtsideen westlicher Provenienz, die zunehmend auch in der städtischen Bevölkerung Chinas Resonanz finden – sie begründen das Verlangen nach einer unantastbaren Privatsphäre im Bereich von Sexualität und Fortpflanzung;
- die traditionellen Wertvorstellungen der breiten bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit, die die Unterordnung des Einzelnen unter die ökonomischen und rituellen Forderungen der Familie legitimieren – sie unterwerfen die Frau einem faktischen Gebärzwang bis zur Geburt eines männlichen Nachkommens;
- der Glaube einer etatistisch erzogenen Elite an den Vorrang gesamtgesellschaftlicher und staatlicher Entwicklungsziele vor den Wünschen von Individuum und Familie – sie rechtfertigen die Einschränkungen der Gegenwart für eine bessere Zukunft.

Bis jetzt beharren Chinas Führer weiter aus nationalem Interesse auf der 1979 beschlossenen Geburtenrationierung, ihre Legitimationsbasis bröckelt jedoch. Die Ein-Kind-Politik wurde einmal in Krisenzeiten für einen beschränkten Zeitraum von 30 Jahren entworfen, dann jedoch auf immer längere Zukunftsperioden ausgedehnt. Da sich ihre positiven Effekte weitgehend erschöpft haben und ihre negativen Seiten immer stärker hervortreten, scheint es an

der Zeit zu sein, sie aufzugeben. Eine neue, von vergangenen Entscheidungen unbelastete Parteiführung besitzt immer eine besondere Chance, einen solchen Schritt zu tun.

In der Ära Hu Jintao wurde die Chance nicht ergriffen. Erst die neue Führung unter Xi Jinping entschloss sich zu einer größeren Änderung: Ein ZK-Beschluss vom November 2013 kündigte die allgemeine Freigabe von Zweitgeburten für sowohl in der Stadt als auch auf dem Land lebende Ehepaare an, bei denen ein Partner Einzelkind ist. Bis dahin hatten nur einige wenige Provinzen eine solche Regelung ausschließlich für ihre Landbevölkerung getroffen. Alle anderen erkannten den Einzelkindstatus als Genehmigungsgrund für eine zweite Geburt nur dann an, wenn ihn beide Ehepartner nachweisen konnten.

Die Neuregelung entspricht einem Vorschlag, der seit 1998 intern in den Führungsgremien diskutiert worden ist. Sie ist bis März 2014 erst in sieben Provinzen umgesetzt worden; in allen übrigen Provinzen wird sie wahrscheinlich bis Ende 2014 implementiert werden, wenn Berechnungen über die jeweiligen demografischen Konsequenzen und stets notwendige Genehmigungen durch die Zentralregierung vorliegen. Solche Verfahrensweisen und das ihnen vorausgegangene 15-jährige Zögern zeigen die nach wie vor bestehenden Bedenken und die extreme Vorsicht bei einem Kurswechsel an. In die gleiche Richtung weist auch die Tatsache, dass weitergehende Vorschläge wie eine uneingeschränkte Genehmigung für die Geburt eines zweiten Kindes für alle Bauern oder, besser noch, für die gesamte Bevölkerung vorerst verworfen wurden. So sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schätzungsweise zehn Prozent der Frauen zwischen 15 und 30 Jahren von der Neuregelung betroffen, ein Anteil, der allerdings beim Nachrücken jüngerer Kohorten in diese Altersgruppen stark zunehmen wird.

Dennoch hat die neue Führung in ihrer Begründung der Richtungsänderung die von den Kritikern der Ein-Kind-Politik vorgetragene Argumente anerkannt. So weist sie ausdrücklich auf künftige Gefahren durch Arbeitskräftemangel und Überalterung hin. Außerdem hebt sie die dringend notwendige Verbesserung der familiären Altenbetreuung und Risikovorsorge sowie die Bekämpfung des verzerrten Geschlechterverhältnisses bei der Geburt hervor. Und schließlich präsentiert sie die neuen Regeln als einen Beitrag zur Stabilisierung eines „angemessen niedrigen Fruchtbarkeitsniveaus“. Dieses Niveau festzulegen und einzuhalten, dürfte der sensibelste Punkt bei der jetzigen Umorientierung sein. Sollte die Furcht vor einem neuerlichen Babyboom durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt und kein oder nur ein beschränkter Wiederanstieg der Kinderzahlen registriert werden, ist mit weiteren Lockerungsmaßnahmen zu rechnen.

Literatur

Attané, Isabelle : La Chine au seuil du XXIe siècle. Questions de population, questions de société, Paris 2002.

Banister, Judith: China's Changing Population, Stanford 1987.

Greenhalgh, Susan: Just One Child: Science and Policy in Deng's China, Berkeley 2008.

Greenhalgh, Susan/Winckler, Edwin A.: Governing China's Population. From Leninist to Neoliberal Biopolitics, Stanford 2005.

Liu Zheng, Song Jian u. a.: China's Population: Problems and Prospects, Beijing 1981.

- Mao Zedong: Der Bankrott der idealistischen Geschichtsauffassung (= Ausgewählte Werke Bd. 4), Beijing 1964.
- Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (= Marx-Engels-Werke Bd. 42), Berlin 1983.
- Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 1 (= Marx-Engels-Werke Bd. 23), Berlin 1967.
- Meek, Robert L.: Marx und Engels über Malthus, Berlin 1956.
- Peng Xizhe/Guo Zhigang (Hrsg.): The Changing Population of China, Oxford 2000.
- Poston, Dudley L./Yaukey, David (Hrsg.): The Population of Modern China, New York 1992.
- Scharping, Thomas: The Politics of Numbers: Fertility Statistics in Recent Decades, in: Zhao Zhongwei/Guo Fei (Hrsg.): Transition and Challenge: China's Population at the Beginning of the 21st Century, Oxford 2007, S. 34–53.
- Scharping, Thomas: Chinese Fertility Trends 1979–2000. A Comparative Analysis of Birth Numbers and School Data, in: Kölner China-Studien Online, 2005/No. 5 (www.china.uni-koeln.de/papers).
- Scharping, Thomas: Birth Control in China 1949–2000. Population Policy and Demographic Development, London/New York 2003.
- Scharping, Thomas (Hrsg.): Migration and Floating Population in China. The Impact of Economic Reforms, Hamburg 1997 (= Scharping 1997a).
- Scharping, Thomas: Studying Migration in Contemporary China: Models and Methods, Issues and Evidence, in: ders. (Hrsg.): Floating Population and Migration in China. The Impact of Economic Reforms, Hamburg 1997, S. 9–55 (Scharping 1997b).
- Scharping, Thomas: Chinas Bevölkerung 1953–1882, Teil I–III, in: Kölner China-Studien Online, 1985/No. 1, 1985/No. 2, 1986/No. 1 (www.china.uni-koeln.de/papers).
- Scharping, Thomas: Umsiedlungsprogramme für Chinas Jugend 1955–1980, Probleme der Stadt-Land-Beziehungen in der chinesischen Entwicklungspolitik, Hamburg 1981.
- Solinger, Dorothy: Contesting Citizenship in Urban China: Peasant Migrants, the State, and the Logic of the Market, Berkeley 1999.
- U.S. Department of State: United States Relations with China with Special Reference to the Period 1944–1949, Washington 1949 (2. Auflage: Stanford 1967).
- Tien H. Yuan: China's Population Struggle: Demographic Decisions of the People's Republic, 1949–1969, Columbus 1973.
- Zhao Zhongwei/Guo Fei (Hrsg.): Transition and Challenge. China's Population at the Beginning of the 21st Century, Oxford 2007.

Weblinks

Kölner China-Studien Online:

www.china.uni.koeln.de/papers

National Bureau of Statistics of China:

www.stats.gov.cn

Oxford Bibliographies, Chinese Studies:

www.oxfordbibliographies.com/obo/page/chinese-studies

Population and Development Review:

www.popcouncil.org/publications/pdr.asp

State Commission For Health and Birth Planning:

www.nhfpc.gov.cn

United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division:

www.un.org/en/development/desa/population